

o.121.53(2)-SH/API/SPR

Bern, den 7. März 1991

V e r t r a u l i c h

CK - 8. März 91 16

NOTIZ AN HERRN BOTSCHAFTER JENO C.A. STAEHELINInformationsreise einer Parlamentarischen
Delegation des Europarates nach Moskau und
den Baltischen Republiken (14.-17.2.1991)

Beiliegend übermitteln wir Ihnen den Bericht von Herrn Björck, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, betreffend die obenerwähnte Angelegenheit. Herr Björck beabsichtigte, den Ministerrat, anlässlich seiner Sitzung in Madrid am 21.2.1991, über die Ergebnisse dieser Informationsreise direkt und ausführlich zu orientieren. Da es aus Zeitgründen nicht möglich war, wurde uns das beiliegende vertrauliche Dokument "Declaration of President Björck" durch unsere Vertretung in Strassburg übermittelt.

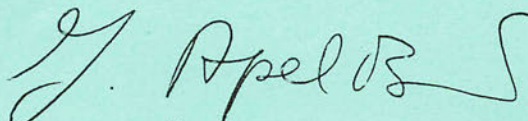
Hauptgrund dieser Informationsreise war das Ersuchen der drei Baltischen Republiken, den Gästestatus bei der Parlamentarischen Versammlung zu erhalten. Die parlamentarische Delegation hatte also den klaren Auftrag, sich über die möglichen Beziehungen zwischen den Baltischen Republiken und dem Europarat zu informieren. Die Ereignisse im letzten Januar in Vilnius und Riga wurden selbstverständlich erwähnt; sie waren aber nicht der Ursprung der Informationsreise.

Der Bericht lässt sich nicht leicht zusammenfassen, da die von Moskau und den Baltischen Republiken bezogenen Positionen zu jedem einzelnen Problemkreis massgeblich divergieren. Zudem ist jede Baltische Republik in sich ein Einzelfall.

Dennoch können nachstehende Schlussfolgerungen gezogen werden:

1. Es wird bestätigt, dass der von den Baltischen Republiken angestrebte Gästestatus bei der Parlamentarischen Versammlung nicht gewährt sein kann, da diese Republiken zum jetzigen Zeitpunkt von den Mitgliedstaaten des Europarates (mit Ausnahme von Island) nicht als souverän und unabhängig anerkannt werden. Zudem könnte ein positiver Entscheid der Versammlung im Falle der Baltischen Republiken zu einer Reihe ähnlicher Forderungen seitens anderen Republiken der Sowjetunion und weiteren ost- und mitteleuropäischen Körperschaften führen.
2. Dennoch hat die Parlamentarische Versammlung für eine wahre Demokratie und, gemäss der KSZE-Charta von Paris, für die Prinzipien der Selbstbestimmung und der friedlichen Beilegung von Spannungen einzutreten. Auf dieser Basis kann der internationale Druck auf die Sowjetunion fortgeführt werden.
3. Eine Möglichkeit, die jedoch ausserhalb der Kompetenzen der Parlamentarischen Versammlung liegt, wäre in der jetzigen Situation eine angemessene Zusammenarbeit zwischen der Ständigen Konferenz der Regionen und Gemeinden Europas und den Baltischen Republiken. Obwohl dieses "Angebot" die Erwartungen der Baltischen Republiken bei weitem nicht erfüllt, würde es als nützlichen und pragmatischen ersten Schritt dienen.

POLITISCHE ABTEILUNG I
Dienst Europarat



I. Apelbaum

Beilage erwähnt

Kopie z.K. an:

- Schweizerische Botschaft, Moskau
- PR
- Service CSCE